

Der Budgetstreit auf dem sozialdemokratischen Parteitag.

S. & H. Magdeburg, 20. Sept.

Zu der Resolution des Vorstandes wurde während der Rede Böbel ein Zusatzantrag verteilt, unterzeichnet von norddeutschen Genossen, in dem es heißt, daß diejenigen Parteigenossen, die der Resolution des Vorstandes zustimmen, demselben, damit sich ohne weiteres außerhalb der Partei stellen. Böbel erklärte hierzu, daß der Vorstand für diesen Zusatzantrag nicht zu haben sei.

Am Nachmittag lag ein neuer Antrag vor: Um die Wiederholung der Parteikommisionen hemmenden Konflikte zwischen den einzelnen Landesorganisationen und der Gesamtpartei zu verhindern, beschließt der Parteitag, eine Kommission zum Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reiches und der Bundesstaaten einzusetzen. Dieser Kommission sollen außer einem Delegierten des Parteivorstandes Vertreter der Parteioorganisation aller Bundesstaaten angehören. Das von der Kommission gesammelte und bearbeitete Material ist rechtzeitig vor dem nächsten Parteitage zu veröffentlichen.

Die Unterzeichner dieses Antrages sind zumest Süddeutsche. Daneben haben die Gewerkschaftsfraktion und einige norddeutsche Revisionisten mit unterschrieben.

Bei Verlesung der Rede riefte er sich, daß die überwiegende Zahl der Redner zugunsten der Budgetbewilligung sprechen will. (Erläuternde Beifall.) Sie haben sich schon jetzt zum Wort gemeldet, da sie in der Rede riefte oben stehen. Es wird aber beschließen, abends ein Komitee und einen Gegner der Budgetbewilligung das Wort zu erteilen.

Der Vorlesende Diech (Stuttgart) bringt zunächst folgendes Schreiben der Württembergischen sozialdemokratischen Landesorganisation zur Verlesung: „Sie richtet die dringende Bitte an den Parteitag, eine Abänderung des Beschlusses von Nürnberg dahin vorzunehmen, daß eine aus zwingenden Gründen notwendige Zustimmung zum Budget den Landtagsfraktionen erleichtert wird.“ (Der Brief ist innerhalb der Fraktion mit 16 gegen 1 Stimme beschließen worden.)

Die Diskussion.

Rakentien (Berlin): Die böhmischen Genossen haben schon für das Budget gestimmt, als sie in schärfster Opposition zur Regierung standen. Es kann also nicht stimmen, daß erst die heutige politische Konstellation diese Verhältnisse erklärlich erscheinen läßt. Der Grund ist wohl die nicht so scharfe Zuspitzung der politischen Gegensätze in Süddeutschland und darin, daß unsere Genossen in Deutschland außerordentlich politisch anspruchslos sind. Die preussische Regierung ist nun nicht so intelligent, wie die Taktik der süddeutschen Regierungen nachzugeben. Ich habe es für wünschenswert, daß der Gegenstand nicht abgeschwächt, sondern recht kräftig gemacht wird, damit der Streit desto fruchtbarer zuwende. Die paar Verbesserungen in Baden werden nicht befürchten, aber es herrscht auch dort das aristokratisch-bureaucratische Regierungssystem. Für das Wort „Demonstration“ sollte man das Wort „Bekanntnis“ setzen, und da ist es ein Grund, daß die Partei bei der Budgetfrage ein Bekanntnis abgeben kann. Unsere Kraft liegt nicht in dem, was wir augenblicklich erreichen. Wenn die böhmischen Genossen Schule machen, würde ein Teil der Genossen sich damit hineinleben, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien nicht mehr besteht.

Sildenbrand (Stuttgart): Der Beschluß des Parteitages ist wichtig, nicht nur für uns Badener, sondern für die ganze Partei. Ich meine davor, einen wertvollen Beschluß zu fassen. Die Frage muß nach der gegenwärtigen politischen Situation entschieden werden. Wenn Sie den verschärften Antrag der Norddeutschen annehmen, werden Sie damit die Frage nicht für alle Zukunft regeln. Bindende Beschlüsse der Partei müssen auf das notwendigste beschränkt werden.

Lipinski (Leipzig): Die Süddeutschen haben die Anerkennung umgangen. Es liegen bindende Beschlüsse vor, da kann von Gutgläubigkeit und Irrtum keine Rede sein. Es handelt sich um planmäßiges Vorgehen der Süddeutschen, das nicht im Augenblick entstanden ist, sondern aus dem Willen heraus, die Partei in eine Zwangslage zu bringen und zwar zu einer ihr nicht genehmen Situation.

Wittig (Münster): Ich wünsche den Genossen in Preußen und der Part Brandenburg, daß sie sich ausdrücken lassen, wie wir es getan haben, unserer Unterstützung sind sie sicher. (Münster bei den Norddeutschen.) Ich brauche die Badener nicht zu verteidigen, aber wenn man über Spießbürger reden möchte, müßte man sich auch mit Lipinski auseinandersetzen. Wenn Sie die Resolution des Vorstandes annehmen wollen, tun Sie es in Gottes Namen (Sturm, Heiterkeit.) Die Streitigkeiten über die Budgetbewilligung werden dadurch nicht beendet. Das kann man selbst im unentwegten Sachsen einmal entgegnen. Auch Kautsky hat, glaube ich, einmal gesagt, in den Gemeinden sei es etwas anders. Das Vermögen der Gemeinden beläuft sich aber

auf Milliarden und ihre Einnahme nach vielen Millionen, da kann es nicht gleichgültig sein, wie es verwaltet wird. Wir in Bayern werden höchstens Verteilungen in den Landstrichen bekommen. Wie sollen wir uns dem Etat der Bundesländer gegenüber verhalten? (Zustimmung.) Das sind häufig Millionen-Einnahmen. Ich bitte die Frage ohne Haß und ohne Vorurteil zu entscheiden. Können wir unsere Front gegen unsere Gegner, das wird besser sein, als wenn sie sämtliche Badener Genossen aufreizen. (Große Heiterkeit.)

Zu Beil (Berlin)

begründet den Zusatzantrag der Norddeutschen. Die Resolution des Parteivorstandes wendet sich zwar scharf gegen den augenblicklichen Zustand, aber sie sagt kein Wort, was in Zukunft geschehen soll, wenn wiederum Beschlüsse des Parteitages von Genossen mißachtet werden. Viele Genossen verstehen es nicht, daß man nicht mit zweierlei Maß gemessen wird. Nach unten kommt auch in Baden der Grundgedanke zur Geltung: Wer sich nicht für die Forderung, nach oben heißt es in Baden, das ist etwas anderes. Die Genossen müssen den Beschlüssen der höchsten Instanz Geltung verschaffen. Unser Antrag ist das Gerinige, was auf dem Parteitag beschloßen werden kann. (Lebhafter Zustimmung.) Hunderttausende von Genossen haben es in der letzten Zeit zum Ausdruck gebracht:

Jetzt ist das Maß voll zum Überlaufen.

Wer glaubt, sich nicht fügen zu können, dem steht die Tür weit offen. (Erneute stürmische Zustimmung der Norddeutschen.) Wer es mit seinem Inneren nicht verantworten kann, unter uns zu bleiben, der mag von dannen gehen. Ich bitte, unseren Antrag mit großer Majorität anzunehmen. Den süddeutschen Antrag werden wir ablehnen. Wir hoffen, daß der Parteitag die Stellung einnehmen wird, die er einnehmen muß, wenn er die Achtung auch bei den bürgerlichen Parteien nicht verlieren will. Die Zeit wird den Badenern nicht erspart bleiben, wo sie einsehen werden, daß sie unrecht hatten. Nationalliberale und Zentrum werden sich nicht immer feindselig gegenüberstellen, sie werden dann Hand in Hand und Brust an Brust gegen die Sozialdemokratie Stellung nehmen. Dann hat der Wähler seine Schuldigkeit getan, dann kann der Wähler wieder gehen. (Lachen bei den Süddeutschen.) Wenn es nach den Badenergenossen in Berlin gegangen wäre, wäre die Resolution noch etwas schärfer ausgefallen. (Sehr richtig!) Ohne die große Majorität der großen Zentren wären Sie außerstande, nur einen einzigen Kampf in Bayern führen zu können. (Widerpruch bei den Süddeutschen.) Wenn es den Badenern Spaß macht, mögen sie sich außerhalb des Rahmens der Partei stellen. Ich gehöre auch nicht zu den Dummen. (Zuruf bei den Süddeutschen: Na, na! Große Heiterkeit.) Ich fordere die Achtung vor den Beschlüssen des Parteitages, und wir müssen diese Achtung eventuell erzwingen, ganz gleich, ob im Osten, Westen, Norden oder Süden dagegen verfahren wird. (Lebhafter Beifall bei den Norddeutschen und auf den Tribünen.)

Engler (Baden): Wenn Sie kein anderes Mittel haben, uns zu schwächen, als das Berliner Geld, damit ichreden Sie uns nicht. (Unruhe.) Die Budgetfrage ist eine praktische Frage, und da muß die Fraktion die Freiheit haben, zu tun, was der Moment erfordert.

Haase (Königsberg):

Wir wollen nicht nur schöne Reden anhören und, papierene Resolutionen

fassen, die Partei will eine Gewißheit dafür, daß wir nicht wieder in einen solchen Parteihader hineinkommen. Wir wollen nicht die Badener ausschließen, wir wollen nur Klarheit schaffen. Es herrscht große Erregung in weiten Kreisen, und das zu einer Zeit, wo wir uns angeht die kommenden Wahlen mit aller Wucht gegen die Feinde wenden müssen. Die badischen Parteigenossen sagen, sie hätten in gutem Glauben gehandelt, aber hier kommt der dolus eventualis in Betracht. Ich sage ihn nicht so auf wie die Staatsanwälte, aber die Badener wußten genau, was die Konsequenzen ihrer Handlungen sein würden. Wenn sie mit gutem Gewande hätten vermuten können, die Mehrheit zu haben, dann hätten sie vielleicht einen solchen Schritt wagen dürfen. Wenn ich Sie bitte, unsere Resolution anzunehmen, so geschieht das, weil wir einmal Frieden haben müssen. Wir wollen drüberhören den Gegnern entgegenzutreten. Nach einiger Zeit werden die Badener sehen, daß der Weg der Mehrheit der einzig richtige war. (Lebhafter Beifall bei den Norddeutschen.)

Riehm (Dresden): Die Badener haben im guten Glauben gehandelt. Meine Dresdener Genossen kennen genau diese meine Stellung und haben mich trotzdem zum Delegierten gewählt. Auch wir unterscheiden nicht die Wichtigkeit der Prinzipien. Ich bin der Meinung, man solle nicht zweierlei Maß anwenden. Früher hat man aber Beschlüsse gegen Parteibeschlüsse faum gerügt, und jetzt will man gemäßigteren einen Gehleht aufzureden. (Sehr gut.) Will man die Genossen zu Heuchlern erzwingen? Dagegen müßte ich mich mit aller Energie

wenden. (Unruhe und Schlußrufe.) Wenn man Beratung schaffen will, dann möge man unsere Resolution annehmen, die die Frage ohne Leidenschaft studieren und erörtern will.

Feilner (Dresden): Der Genosse Riehm hat nicht im Sinne der übergroßen Mehrheit der Dresdener Genossen gesprochen. Wir dürfen nicht auf den Boden der

Konjunktions-Schulden-Politik

treten. (Sehr richtig!) Wir haben immer darauf gehalten, daß Beschlüsse der Partei, auch wenn sie uns nicht gefallen, unter allen Umständen befolgt werden; der Gehorsam ist eine Bedingung, mit der man nichts anfangen kann. Auch in Sachsen haben sich ja die Verhältnisse geändert. Auch bei uns müßte man uns in Parlament nicht mehr das zu, was man uns früher geloten hat. Wir haben das aber erreicht, nicht durch Budgetbewilligung, sondern auf Grund unserer Politik, die den Parteibeschlüssen entspricht.

Koß (Baden):

Die Badener haben den Mut der Überzeugung gehabt, die Sachsen haben in ihrer Begründung der Ablehnung des Budgets nur ein Scheinmündchen ausgeführt. (Widerpruch.) Das war ein schärfster Schritt für die Partei. Sie werden keine Fraktion zwingen können, unter allen Umständen gegen das Budget zu stimmen. In Baden wird ein ganz anderes Budget zustande gekommen, wenn wir nicht einen starken Einfluß auf seine Gestaltung hätten ausüben können. Das Zentrum hat bei uns Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um das von uns und den Liberalen aufgestellte Budget anders zu gestalten. Daher hatten wir das Recht und die Pflicht, das Budget, was es war, zu bewilligen.

Süßheim (Nürnberg): Die Ablehnung des Budgets hätte nicht die schlechtesten Folgen gehabt, wie man uns hier erzählt. Wir entziehen der Partei die Grundlage, wenn wir uns das Recht nehmen, gegen Beschlüsse des Parteitages zu handeln.

Keil (Stuttgart): Ich lehne es von vornherein ab, in das Professorett der Konjunktionsfrage in das der Radikalen mich zu legen. Ich bin aber zu der Überzeugung gekommen, daß wir unmöglich mit den Nürnberger Beschlüssen weiterkommen. Die Frage der Budgetbewilligung ist noch nicht gründlich genug geprüft. Damit will ich nicht sagen, daß an dem verfahrenen Karren nur die Genossen schuld sind, die hier die scharfe Resolution beantragen, ein großer Teil der Schuld fällt auch auf die „Sozialdemokratie“, die sich zwar bemühen, neue Wege für die praktische Arbeit zu öffnen, aber eine treffsaurigere Entscheidung fordern. Ich habe heute noch auf dem Boden der Süddeutschen Resolution. Heftigkeit kommt der Partei aus einer Einsicht, die dem Wohle der Partei entspricht.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen werden die Verhandlungen auf morgen vertagt. Große Heiterkeit erregte unter den Delegierten die Mitteilung, daß den Konjunktionsfrage ein Parteimitglied zugegangen sei.

Ein sozialdemokratischer Kientopp.

Nach Schluß der heutigen Parteitagverhandlungen vereinigen sich die Delegierten mit den Magdeburger Genossen im Sitzungssaal zu einem „Konzertabend“, bei dem auch eine Reihe Vorträge vorgeführt wurden. Es ist wohl das erste Mal, daß in Deutschland nach berühmtem amerikanischen Muster die Vorträge in den Dienst der politischen Agitation gestellt werden. Die heutige Abendbesprechung sollte dazu dienen, den Genossen das Vortragsbild als Anknüpfungspunkt der sozialdemokratischen politischen Agitation vor Augen zu führen. Wir werden also wahrscheinlich schon bei den nächsten Reichstagswahlen mit sozialdemokratischen Vortragsbildern zu rechnen haben. Die Adler waren zum Teil dem belannten sozialdemokratischen Parteimitglied der „Wahre Jakob“ entnommen, dessen Vorträge der Parteitagsoffizieller Vortragsbuchhändler Diech in Stuttgart ist, zum anderen Teil waren sie belanbter gezeichnet worden. Sollten, so hoch es in der Bedeutung der Veranstaltung für den Parteigenossen im Lande Anknüpfung finden, viele Vorträge bei den Parteigenossen im Lande Anklang finden, so müßte, um die Vorträge im Reichstagskampfe überall vertreten zu können, natürlich Vorträge getroffen werden, daß die neuesten politischen Vorgänge durch berufene Zeichner rechtzeitig fixiert werden. Die unter kühnlichem Beifall der Genossen vorgeführten Vorträge trugen folgende erbauliche Unterstrichen: Pfaff und Junfer als Michels Birde, Die Wirkung der Finanzreform, Die Erblichkeitssteuer, Das kleinste Brötchen, Wohnungswesen, Die „Nahrungsjorgen“ der Reichs, Judas Ischariot, Ein Verräter aus der Gegenwart, Das preussische Dreiklassenwahlrecht, Wahlrechtsdemonstrationen, Die Schutzmannskette am Ullrichsdor, Die Staatsanwaltschaft gegen Arbeiter, Schulleute und Philipp Gullenburg, Mansefelder Kriegsgefangene, Die Militärarolen, Die Marineinfanterie, Zivillisten und Arbeitererwerbungen, Die Reichsschulden, Der deutsche Michel und das rote Gelpent, Der Siegeszug des Sozialismus

Wetter-Ansichten.

22. September: Wolkig, warm. Strichregen, teils heiter.
23. September: Früh Nebel, dann bewölkt. Sonnenschein, warm.
24. September: Bewölkt mit Sonnenschein, schwül, Regen.

Bruno Freytag
Gegr. 1865. Halle S. Leipzigerstr. 100.

Für die Tanzstunde.

Kleiderstoffe in festen und klaren Geweben. Reizende Neuheiten in allen Preislagen.

Halbfertige Roben : Fertige Kleider : Blusen u. Röcke
Abend-Mantel : Chiffon-Châles etc.

